

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/57

Bonn, den 24. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite		Zeilen
-----		-----
1	Keine "Testwahl" ----- Zu den Kommunalwahlen in NRW	41
2	Entscheidend sind die Beschlüsse der Gesamtpartei ----- SPD Hessen-Süd und die DDR	35
3 - 4	Boykott ist keine Politik ----- Die Ostblockländer sollten ihren Boykott des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO aufgeben	68
5 - 6	Die Grundschule ist sitzengeblieben ----- Die erste Phase der Erziehung muß aus dem Schatten herausgeholt werden. Von Wolfgang Tschechne	69

## Keine "Testwahl"

-----

### Zu den Kommunalwahlen in NRW

sp - Die am vergangenen Sonntag in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Kommunalwahlen in sieben Landkreisen haben rein zahlenmäßig die Festigkeit der großen demokratischen Parteien erneut bestätigt. Es gibt hier und dort Abweichungen von früheren Wahlergebnissen aber von keiner Partei könnte man sagen, sie sei als Sieger oder Besiegter aus der Wahl hervorgegangen. Wo die traditionellen Parteien Verluste oder Gewinne zu verzeichnen haben, ist dies vorwiegend örtlich bedingt. Deshalb konnten auch die parteilosen Wählergruppen - auch Rathausparteien genannt - recht beachtliche Erfolge erringen; dies besonders dort, wo durch die Zusammenlegung von Gemeinden Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des Verfahrens sogar innerhalb der einzelnen Parteigruppierungen entstanden waren.

Für die NPD muß das Wahlergebnis eine große Enttäuschung gewesen sein. Sie hat zwar in Stadt und Kreis Lemgo, sowie im Kreis Lüdenscheid die Fünf-Prozent-Klausel überschreiten können, mußte aber in allen anderen Orten und Kreisen ihre sehr hoch angesetzten Hoffnungen auf einen nennenswerten Wählerzuwachs begraben. Ohne Zweifel hatte die NPD auf das Wählerreservoir der parteilosen Gruppen spekuliert und ihren Wahlkampf auch auf diese eingestellt. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß auch diese Wählerschichten den demagogischen Parolen der NPD kein Gehör schenkten. Die Ursachen für den relativen Wahlerfolg der NPD in den genannten Orten und Kreisen sollten von den demokratischen Parteien sehr genau untersucht werden. Vielleicht wird man hierbei feststellen, daß sich manche Kommunalpolitiker zu selbstsicher fühlten und möglicherweise sogar Angriffsflächen boten, die vermeidbar gewesen wären.

Wenn hier und dort behauptet wurde, diese Kommunalwahlen würden es gestatten, bestimmte Voraussagen für das Ergebnis der kommenden Bundestagswahlen zu machen, so ist das falsch. Die zum Teil sehr komplizierten örtlichen Probleme ließen die Wähler sich ganz auf das Geschehen in ihrer nächsten Umgebung konzentrieren. Wahlveranstaltungen, in denen über die sogenannte große Politik geredet wurde, fanden nur wenig Anklang. Das mußte auch die FDP spüren, die nur dort sichtbare Erfolge erzielen konnte, wo sie sich ganz auf die Kommunalpolitik konzentrierte.

Alles in allem: Diese Kommunalwahlen in NRW waren kein Test für das Wählerverhalten bei den kommenden großen politischen Entscheidungen. Sie waren allenfalls eine Bestätigung dafür, daß die traditionellen demokratischen Parteien das sicherste Fundament unseres Staates sind, und daß selbst die nicht partei-politisch festgelegten Wähler der NPD keine Chancen geben.

+ + +

Entscheidend sind die Beschlüsse der Gesamtpartei

SPD Hessen-Süd und die DDR

sp - Das ständige Suchen nach neuen Wegen der deutschen Politik führt auch bei der SPD hier und dort zu Stellungnahmen, die von der Gesamtpartei kritisch gewertet werden. So z.B. auch die Forderung des Außerordentlichen Parteitages der SPD in Hessen-Süd, man solle die DDR anerkennen; mit allen sich daraus ergebenden staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen.

Es ist das Recht eines Bezirks Vorstellungen zu entwickeln und Anregungen für die Politik der Gesamtpartei zu geben, die in anderen Bezirken auf Widerstand stoßen. Entscheidend ist und bleibt für die SPD, welche Politik sie auf den Kongressen der Gesamtpartei festlegt. Hier darf und wird es keine Unklarheiten geben.

Seit dem Parteitag in Dortmund und, bestätigt durch die Beschlüsse des Parteitages in Nürnberg, hat sich die SPD bereit erklärt, an jedem Ort, auf jeder Ebene gleichberechtigt und ohne Vorbedingungen mit den Inhabern der politischen Macht im anderen Teil Deutschlands über alle Fragen zu sprechen, die das Schicksal unserer Nation berühren, und deren Beantwortung helfen kann, die Spaltung Deutschlands, und damit Europas zu überwinden.

Ebenso klar ist aber auch von der SPD mehrfach gesagt worden, daß niemand von einem Sozialdemokraten verlangen kann, den anderen Teil Deutschlands als Ausland zu betrachten, oder gar völkerrechtlich zu bestätigen. Die Deutschen diesseits und jenseits der Demarkationslinie sehen sich nicht gegenseitig als "Ausländer". Wir sind sicher, daß es weder in Deutschland, noch sonst irgendwo Meinungsverschiedenheiten über diese Feststellung gibt.

Ferner: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird bei allen ihren Bemühungen zur Lösung dessen, was man gemeinhin die "Deutsche Frage" nennt, nicht einer Verschlechterung des Status von Westberlin zustimmen.

Wir sind sicher, daß alle diese Probleme auf dem im April in Bad Godesberg stattfindenden Außerordentlichen Parteitag der SPD mit großer Intensität diskutiert werden. Selbstverständlich werden hierbei auch die vom Bezirk Hessen-Süd entwickelten Vorstellungen zur Debatte stehen. Entscheidend für die Politik der Gesamtpartei und verpflichtend für alle Sozialdemokraten werden dann die Grundsätze sein, die von der Mehrheit des Parteitages gebilligt werden.

+ + +

Boykott ist keine Politik

Die Ostblockländer sollten ihren Boykott  
des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO aufgeben

sp - Der erweiterte Wirtschaftsausschuß des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), der geschaffen wurde, um die zweite Entwicklungsdekade vorzubereiten, hat in New York seine Arbeit aufgenommen.

Aus Protest gegen die nach einigem Zögern vom Präsidenten der UN-Vollversammlung, Arenales, ausgesprochene Berufung der Bundesrepublik in den 54 Sitze umfassenden Ausschuß sind die fünf Ostblockmitglieder - Sowjetunion, Weißrußland, Polen, Rumänien und Bulgarien - der konstituierenden Sitzung am 25. Februar ferngeblieben. Die Vertreter von Algerien und dem Sudan haben inzwischen - am 3. März - ihre Plätze wieder eingenommen.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler, hat die Entscheidung der Länder, den Ausschuß zu boykottieren, bedauert, weil trotz ihrer bescheidenen multilateralen Entwicklungshilfe-Leistungen auch die Mitarbeit der Ostblockländer, welche Mitglieder der UNO oder ihrer Sonderorganisationen sind, und natürlich die Mitarbeit aller Entwicklungsländer an dieser wichtigen Aufgabe unerlässlich ist.

Die Entwicklungsländer möchten an einer so wichtigen Aufgabe alle Kräfte ohne Rücksicht auf Gesellschaftssysteme beteiligt wissen, und die Bundesrepublik sollte daher durch maßvolle Zurückhaltung und sachgerechte Mitarbeit den Ostblockländern Gelegenheit bieten, ihren Boykott des Ausschusses möglichst bald zu beenden.

Die Bundesrepublik tut gut daran, in der positiven Entscheidung Arenales keinen Anlaß zu Triumphen zu sehen. Die westlichen Industrieländer und die Entwicklungsländer gehen ebenso wie wir davon aus, daß es der Sache wegen falsch gewesen wäre, die Bundesrepublik von der Mitarbeit im erweiterten Wirtschaftsausschuß auszuschließen. Die Bundesrepublik ist seit 1967 als eines der wenigen Geberländer nicht nur der Forderung der Entwicklungsländer nach Entwicklungshilfe-Leistungen in

Höhe von ein Prozent des Bruttosozialprodukts gerecht geworden, sie steht auch mit Nettoleistungen von rund 42 Milliarden DM bis Ende 1968 an dritter - bei den multilateralen Leistungen mit sieben Milliarden DM sogar an zweiter - Stelle der Geberländer.

Die erste Entwicklungsdekade ist nicht zuletzt deshalb in vieler Hinsicht eine Enttäuschung gewesen, weil die Projekte der einzelnen Geberländer nicht aufeinander abgestimmt waren. Die Planung der zweiten Entwicklungsdekade wird zu einem großen Teil in ernsthaften Bemühungen um bessere Koordination bestehen; der Ausschuß wird daher für die Konzeption der Entwicklungshilfe aller Geberländer - auch der Bundesrepublik - wichtige Impulse geben, und es erscheint daher nur folgerichtig, daß die Bundesrepublik in diesem Ausschuß Sitz und Stimme bekommen hat.

Offensichtlich war das auch der Wunsch der Entwicklungsländer. Am 17. Dezember hatte die UN-Vollversammlung mit 97 gegen neun Stimmen beschlossen, die Zahl der Sitze im Wirtschaftsausschuß auf 54 zu verdoppeln und bei der Sitzverteilung die Wiener Formel anzuwenden, die besagt, daß neben den Vollmitgliedern der UNO - dazu gehört die Bundesrepublik nicht - auch Mitglieder ihrer Sonderorganisationen für den Ausschuß nominiert werden sollten. Daraufhin haben die westlichen Industrieländer, die für die zusätzlichen 27 Sitze sieben neue Mitglieder nominieren sollten, neben anderen Ländern die Schweiz und die Bundesrepublik vorgeschlagen.

Für die Entwicklungsländer ist die Frage eines Sitzes der Bundesrepublik im erweiterten Wirtschaftsausschuß natürlich auch ein Rechenexempel, aber die Bundesrepublik hat sich in diesen Ausschuß nicht "eingekauft". Sie hatte weder - für den Fall, daß sie nicht nominiert würde - eine Kürzung ihrer multilateralen Entwicklungshilfe vorgesehen, noch hat sie jetzt deren Erhöhung angeboten.

Der erweiterte Wirtschaftsausschuß des ECOSOC ist ein Gremium, das harte Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet leisten muß. Er sollte dabei nicht durch sachfremde politische Querelen behindert werden. Es wird ohnehin schwierig sein, die noch recht unterschiedlichen Vorstellungen der Entwicklungsländer auf der einen und der Industrieländer auf der anderen Seite unter den Hut einer vernünftigen Dekadenplanung zu bringen. Und - es sollte noch einmal betont werden: dazu wäre die Mitarbeit der Ostblockländer nicht nur wünschenswert, sondern dringend geboten. Die Sowjetunion hat sich verrechnet. Das kommt vor. Sie sollte die Vorteile ihrer Mitgliedschaft noch einmal durchrechnen.

### Die Grundschule ist sitzengeblieben

---

Die erste Phase der Erziehung muß aus dem Schatten herausgeholt werden

Von Wolfgang Tschechne

Wenn hierzulande und heutzutage über Bildungsprobleme gesprochen wird, rückt sofort das Thema Hochschulreform nach vorn. Das ist richtig und das ist wichtig, ohne Zweifel. Aber gerade deswegen muß gefragt werden: Ist Hochschulreform alles? - Die Studenten haben mit Protesten und Demonstrationen, wenn auch unter sehr negativen Randerscheinungen, doch erreicht, daß die Hochschulreform allmählich zu einem Politikum zu werden beginnt. Aber damit ist auch erreicht worden, daß die anderen Bildungseinrichtungen in den Schatten der großen Diskussion um eine neue Hochschule gerückt sind.

In Hannover sind Mitglieder des "Arbeitskreises Grundschule" aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekommen, um ein lange vernachlässigtes Bildungsproblem ins Licht des öffentlichen Bewußtseins zu holen. Fazit ihrer Gespräche, an denen sich auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich F r i s t e r, lebhaft beteiligte: die Wurzeln des Unbehagens an der Hochschule liegen tiefer - der Wurm tickt schon im Gebäude der Grundschule.

Der Arbeitskreis, von dem Frankfurter Hochschullehrer Professor Erwin S c h w a r t z geleitet, sucht nach Wegen aus der Abseitsstellung und versucht vor allem, seine Zielvorstellungen über eine bessere, eine zeitgemäße Grundschule in die politische Gesamtdiskussion einzubringen.

Ausgangspunkt ist ein inzwischen wissenschaftlich erwiesenes Faktum: die Tatsache, daß die Stufe vom 5. bis zum 12. Lebensjahr die bildsamsten Jahre menschlicher Entwicklung umfaßt und die pädagogischen Möglichkeiten für diese Phase kaum erkannt, geschweige denn genutzt werden. Noch immer bemüht sich die Grundschule wie seit Jahrzehnten damit, hauptsächlich die Kulturtechniken zu vermitteln und den gerade in diesem Alter so bildungsfähigen jungen Menschen kaum mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Noch immer wird in nivellierender Gleichheit unterrichtet, statt danach zu streben, jedem Kind individuell zur Entfaltung seiner Kräfte zu verhelfen. Noch immer herrscht die als "Öisardinenprinzip" bildhaft bezeichnete Haltung vor, in den Grundschulklassen möglichst viele Kinder unterzubringen; in einigen Bundesländern sind es bis zu 50, in vielen um die 40. Tragbare Klassenfrequenz aber wäre nach Meinung des Arbeitskreises 25.

Eine der Forderungen des Arbeitskreises, vielleicht die wichtigste, besteht darin, schon in der Grundschule zu differenzieren, kleine Arbeitsgruppen zu bilden und von der als schädlich erkannten Einteilung in Jahrgangsklassen abzukommen. Schon eine zweimalige Einschulung, einmal im Frühling, einmal im Herbst, würde dazu verhelfen, das Bildungsangebot der Schule besser dem Entwicklungsstand und der Lernbereitschaft anzupassen.

Zielvorstellung ist die optimale Grundschule. Dazu gehört beispielsweise auch, daß schon in den ersten Schuljahren eine technisch-naturwissenschaftliche Elementarbildung vermittelt wird und daß, um ein anderes Beispiel zu nennen, auch Mathematik als Denkerziehung schon hier genutzt werden kann.

Um der Grundschule wieder auf die Beine zu helfen, ist auch der Abschied vom sogenannten kleinen Lehrer erforderlich. Gerade die Grundstufe ist nach Auffassung des Arbeitskreises in der Lehrerbildung noch nahezu hoffnungslos vernachlässigt. Zu wenig, viel zu wenig weiß der Lehrer über das körperliche Wachstum und das leiblich-seelische Wohlbefinden des Kindes, kaum etwas erfährt er über die Erkenntnisse der Tiefenpsychologie und der modernen Humanbiologie, die beide Wesentliches gerade für diese Stufe beigetragen haben.

Die Grundschule ist sitzengebunden. In der Grundschule der neuen Art soll es indes ein Sitzenbleiben nicht mehr geben: die Funktion der ausgleichenden Erziehung soll bewirken, daß die jungen Menschen in der hoffnungsvollsten Phase ihres Lebens das Erfolgserlebnis auch dann vermittelt bekommen, wenn vom häuslichen Milieu her oder von der eigenen Kraft die bisher als normal bezeichneten Voraussetzungen fehlen.

Ein großes Vorhaben. Der Arbeitskreis Grundschule will endlich mit allem Elan und mit der breiten und so wichtigen Unterstützung der Lehrgewerkschaft dieses Stiefkind ans Licht holen. Es kommt jetzt darauf an, daß unsere Gesellschaft darauf aufmerksam wird. Es ist jetzt die Erkenntnis erforderlich, daß moderne Hochschulen allein wenig nützen, wenn sich die Grundschule noch immer nach überholten Kulturtraditionen ausrichtet.

Die Hochschulreform muß also ganz unten beginnen. Sie muß beginnen in einer Grundschule, die zur sozialen und intellektuellen Selbstbehauptung in einer sich wandelnden Kultur erzieht.